

FLUGRETTUNG

Von Martin zu Christophorus

Seit 1. Jänner 2001 ist die Flugrettung des Innenministeriums ausgegliedert. Der ÖAMTC wird bis Juli 2001 schrittweise die Standorte der Flugrettung des Innenministeriums übernehmen.



Hubschrauber des Innenministeriums

Die erfolgreiche Arbeit der Flugrettung des Innenministeriums wird in anderer Form weitergeführt. Im Oktober 2000 schlossen Innenministerium und ÖAMTC einen Vertrag ab, der den Weiterbetrieb der Flugrettung regelt. "Die flächendeckende Versorgung bleibt gewährleistet, die Verträge mit den Ländern bleiben bestehen", versicherte Innenminister Dr. Ernst Strasser. Die Leistungen werden für die Verunglückten weiterhin zum "Nulltarif" angeboten, ausgenommen sind Sport- und Freizeitunfälle (siehe Kasten). Der Flugrettungsbetrieb kostete das Innenministerium

pro Jahr 100 Millionen Schilling (8,3 Mio. Euro) Um die Rettungsflüge weiterhin aufrecht erhalten zu können, hätte der Bund moderne Hubschrauber um rund eine Milliarde Schilling kaufen müssen. "Zur Beschaffung hätten wir Leasing- oder Mietverträge abschließen müssen. Der Bund ist außerdem nicht vorsteuerabzugsberechtigt", sagte Strasser. Der ÖAMTC könne zu besseren Konditionen einkaufen, da er bar zahle und vorsteuerabzugsberechtigt sei, betonte ÖAMTC-Direktor Kurt Noé-Nordberg.

Ausgliederung

Mit 1. Jänner 2001 sind die ersten beiden Hubschrauberstandorte des Innenministeriums vom ÖAMTC übernommen worden. In Nikolsdorf bei Lienz in Osttirol startete statt Martin 6 der Notarzthubschrauber Christophorus 7. Zur selben Zeit startete Christophorus 8 in Feldkirch-Gisingen in Vorarlberg, er löste Martin 8 ab. Im April 2001 werden die Hubschrauber-Stützpunkte in Linz, Salzburg und Wien übernommen, und die Stützpunkte Graz, Klagenfurt und Aigen/Ennstal im Juli. Die Zahl der Einsätze werde sich dadurch mehr als verdoppeln, schätzt Kurt Noé-Nordberg. Er rechnet bis Ende 2001 mit einer Bilanz von etwa 10.000 Rettungsflügen.

Assistenzvertrag

Rechtlich basiert die Neuregelung der Flugrettung auf der Vereinbarung zwischen Land und Bund (Art. 15a BV-G); der ÖAMTC übernimmt im Rahmen eines unentgeltlichen Assistenzvertrags die Leistungspflicht des Bundes. Damit die Flugrettung für die nächsten Jahre garantiert werden kann, hat der ÖAMTC elf zusätzliche Helikopter bestellt. Insgesamt werden es dann auf 13 Standorten 18 Fluggeräte sein. In Wiener Neustadt wird zusätzlich ein Hubschrauber für Intensivtransporte rund um die Uhr in Bereitschaft stehen.

65.000 Einsätze

Der erste Einsatz der Flugretter des Innenministeriums erfolgte am 14. Mai 1956: Damals stürzte eine deutsche Touristin beim Schifahren im Tiroler Kühtai auf 2.000 Metern Seehöhe und verletzte sich schwer. Wegen der hohen Schneelage war eine Überstellung auf dem Landweg in das Krankenhaus nicht möglich. Der Gendarmeriebeamte Landl startete in Innsbruck eine einmotorige Piper, die mit Kufen für Landungen im Schnee ausgestattet war. Der Pilot legte eine perfekte Außenlandung hin und brachte die Verletzte ins Spital.

Zwischen 1983 und 1990 entstand ein bundesweites Hubschrauber-Rettungssystem. Im Jahr 1999 flogen die Notarzt-Hubschrauber des Innenministeriums 6.017 Einsätze. Die meisten Einsätze gab es wegen medizinischer Notfälle (1.111). Nach Verkehrsunfällen gab es 755 Flugrettungseinsätze, wegen Alpin-, Ski- und anderer Sportunfälle 794 Einsätze.

Seit 1956 bargen die Flugretter des Innenministeriums 65.000 Menschen aus lebensbedrohlichen Situationen.

Die Kosten

Bei Einsätzen nach Verkehrs-, Haushalts- und Arbeitsunfällen, internen Notfällen, und Sekundärtransporten wird den Patienten keine Rechnung gestellt. Diese Einsätze (etwa 60 % der Gesamteinsätze) zahlt in der Regel die Sozialversicherung. Bei Sport- oder Freizeitunfällen (20 %) muss der Patient selbst für die Kosten des Einsatzes aufkommen. Die meisten Menschen sind gegen dieses Risiko versichert, etwa mit Kreditkarten, Schutz- und Geleitbriefen von ÖAMTC und ARBÖ oder als Mitglied eines Alpenvereins. Ein Einsatz kostet im Schnitt 20.000 Schilling. Die Kosten für Fehleinsätze übernimmt der ÖAMTC. In sozial schwierigen Fällen übernimmt der ÖAMTC-Kulanzfonds die Kosten.

Siegbert Lattacher